

Jahresabschluss und Lagebericht 2011



der **Sparkasse
am Niederrhein**

Sparkasse des Kreises Wesel
und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg

Inhalt

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen	3
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	7
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	10
Nachtragsbericht	12
Risikoberichterstattung	13
Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken	15
Prognosebericht	24

Jahresabschluss

Jahresbilanz	28
Gewinn- und Verlustrechnung	31
Anhang	32

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	50
---	-----------

Bericht des Verwaltungsrates	51
-------------------------------------	-----------

Lagebericht 2011 der Sparkasse am Niederrhein

Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2011 ist die deutsche Wirtschaft erneut kräftig gewachsen. Der konjunkturelle Aufholprozess setzte sich damit im zweiten Jahr nach dem Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise fort. Der wirtschaftliche Aufschwung vollzog sich hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 3,0 %.

Wesentliche Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr aus dem Inland. Den größten Anteil daran hatten die Investitionen; aber auch die privaten Konsumausgaben legten deutlich zu. Darüber hinaus leistete der Außenhandel erneut einen positiven Wachstumsbeitrag.

Der deutsche Staatshaushalt zeigte sich in 2011 weitgehend erholt von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Gemessen am BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2011 eine Defizitquote von 1,0 %. Damit wird der im Maastricht-Vertrag verankerte Grenzwert von 3 % deutlich unterschritten.

Die Verbraucherpreise stiegen im vergangenen Jahr um durchschnittlich 2,3 % und damit stärker als in den Vorjahren. Zurückzuführen war der Anstieg in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise, die um ca. 10 % in die Höhe kletterten. Die Verbraucherpreise ohne Energiekosten stiegen dagegen nur um 1,3 %.

Im Jahresdurchschnitt sank die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 0,6 %-Punkte auf 7,1 %. Die Erwerbstätigkeit erreichte mit mehr als 41 Millionen Beschäftigten den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stieg weiter an.

Die Arbeitslosenquote des Kreises Wesel, in dem die Sparkasse am Niederrhein ihren Sitz hat, betrug im Dezember 2011 6,5 % (Dezember 2010: 7,2 %). Sie lag damit unter dem Bundesdurchschnitt.

Die aktuelle Arbeitslosenquote für den Kreis Wesel (Stand Februar 2012) liegt bei 7,3 %. Zum 31.12.2011 waren beim gemeinsamen Arbeitgeberservice von Agentur für Arbeit und der ARGE Kreis Wesel 3.055 Stellenangebote aus Wirtschaft und Verwaltung gemeldet. Dieser Wert lag um 43,3 % über dem des Vorjahres.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Kreis Wesel hat sich 2011 positiv entwickelt. Insbesondere die Ansiedlung und Betriebsaufnahme eines großen Internetversandhandels in Rheinberg hat hierzu beigetragen. Es wurden weniger Arbeitslosmeldungen registriert. Außerdem gab es ein höheres Stellenangebot.

Die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machten sich auch in unserem Geschäftsgebiet bemerkbar, insbesondere bei den Neubewilligungen von gewerblichen Finanzierungen. Die öffentlichen Haushalte haben ihre Kreditnachfrage verringert.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2011 ihre Leitzinsen zunächst im April und im Juli um jeweils 0,25 % erhöht. Im November und Dezember wurden die Leitzinsen jeweils um 0,25 % gesenkt. Die aktuellen Sätze der Einlagefazilität, der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungsfazilität betragen seit Dezember 2011 wieder 0,25 %, 1,00 % und 1,75 %. Über die regulären Refinanzierungsgeschäfte hinaus versorgte die EZB die Kreditinstitute über zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte, darunter erstmals im Dezember mit einer dreijährigen Laufzeit, mit zusätzlicher Liquidität. Im Dezember beschloss die EZB die Senkung des Mindestreservesatzes auf 1,00 % mit Wirkung vom Januar 2012.

Berichterstattung über die Branchensituation

Als Folge der Finanzmarktkrise hat sich der Baseler Ausschuss Ende 2010 auf eine deutliche Verschärfung der global geltenden Eigenkapital- und Liquiditätsstandards (Basel III) geeinigt. Am 20. Juli 2011 hat die EU-Kommission den Entwurf für die Umsetzung der Basel III-Regelungen auf europäischer Ebene veröffentlicht. Die ab 2013 direkt anwendbare EU-Verordnung sieht eine strengere Eigenkapitaldefinition, deutlich höhere Mindestkapitalquoten sowie die Einführung von Kapitalpuffern vor. Zusätzlich wird die Einhaltung einer Verschuldungsquote und diverser Liquiditätskennziffern vorgegeben. Darüber hinaus wird auch die Unterlegung von Kontrahentenrisiken verschärft. Die Umsetzung der Verordnung stellt für die Branche eine große Herausforderung dar.

Im April 2011 hat der Deutsche Bundestag die Verordnung über die Erhebung der Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute, die sog. Bankenabgabe, beschlossen. Nach diversen Änderungen hat der Bundesrat der Verordnung im Juli 2011 zugestimmt, so dass die Kreditinstitute erstmals im September mit Beiträgen belastet wurden.

Rechtliche Rahmenbedingungen der Sparkasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und unterliegt dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg. Der Verband ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

Die im Juli 2010 geänderte Satzung des Sparkassenzweckverbandes trat nach ihrer Bekanntmachung in den Amtsblättern für den Regierungsbezirk Düsseldorf in 2011 in Kraft.

Im Juli 2011 beschloss die Zweckverbandsversammlung die Änderung der Satzung der Sparkasse am Niederrhein. Sie betraf die Veränderung der Anzahl der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Verwaltungsrates. Die geänderte Satzung trat mit Bekanntmachung in den Amtsblättern der Träger der Sparkasse am Niederrhein in Kraft.

Darstellung der Geschäftsentwicklung

Wir sind angesichts der oben dargestellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Branchensituation mit der Geschäftsentwicklung und den Vertriebsleistungen für das Jahr 2011 zufrieden. Insbesondere durch verringerte Verwaltungsaufwendungen und ein deutlich verbessertes Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft entwickelte sich die Ertragslage zufriedenstellend und ermöglichte eine Auffüllung der Reserven.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

	in Mio. €		
	(evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2011	2010	Veränderungen
Bilanzsumme	2.992,7	2.914,3	78,4
Eventualverbindlichkeiten	20,2	18,9	1,3
Geschäftsvolumen	3.012,9	2.933,2	79,7
Forderungen an Kunden	2.009,1	1.917,5	91,6
Treuhandkredite	0,1	0,3	-0,2
Eventualverbindlichkeiten	20,2	18,9	1,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	102,6	78,5	24,1
Kundenkreditvolumen	2.132,0	2.015,2	116,8
Barreserve und Forderungen an Kreditinstitute	359,4	287,4	72,0
eigene Wertpapierbestände	517,4	596,3	-78,9
Liquide Mittel	876,8	883,7	-6,9
Spareinlagen	872,8	909,2	-36,4
Sparkassenbriefe	243,5	160,0	83,5
Übrige Einlagen	1.029,7	1.004,2	25,5
Einlagen von Kunden	2.146,0	2.073,4	72,6
Schuldverschreibungen	57,8	74,7	-16,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	522,9	545,0	-22,1

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 79,7 Mio. € auf 3.012,9 Mio. €. Die Bilanzsumme steigerte sich um 78,4 Mio. € auf 2.992,7 Mio. €. Unter Berücksichtigung der Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340 f HGB in Höhe von 30,5 Mio. € für Forderungen an Kunden sowie 10,1 Mio. € für eigene Wertpapierbestände und Einstellung dieser Beträge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken verbleibt eine Erhöhung des Geschäftsvolumens von 39,1 Mio. € bzw. eine Steigerung der Bilanzsumme von 37,8 Mio. €. Die Erwartung, den Bestand an Kundeneinlagen steigern zu können, wurde erfüllt. Ebenso hielt die positive Entwicklung im Kundenkreditgeschäft an.

Die Sparkasse stellte einschließlich der aus Darlehensrückflüssen finanzierten Neuausleihungen sowie unter Berücksichtigung der Veränderungen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen Kreditmittel in Höhe von insgesamt 287,0 Mio. € bereit, nach 296,0 Mio. € im Vorjahr.

Das gesamte Kundenkreditvolumen (einschließlich Treuhandkredite und unwiderruflicher Kreditzusagen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 116,8 Mio. €.

Die von uns erwartete positive Entwicklung des Bestandes von Krediten an Unternehmen und Selbstständige ist eingetreten. Das Kreditvolumen der Privatkunden war leicht rückläufig, obwohl die Anzahl und das Volumen der neu bewilligten Wohnungsbaukredite um rund 10 % anstiegen. Der Bestand an Kommunalkrediten hat sich ausgeweitet.

Bei den Eigenanlagen ist der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 522,8 Mio. € auf 445,4 Mio. € zurückgegangen. Die Sparkasse hat hier aufgrund der Zinsentwicklung die Liquidität aus Verkäufen und Fälligkeiten zu Gunsten der Forderungen an Kreditinstitute umgeschichtet. Der Bestand an diesen Forderungen erhöhte sich um 75,2 Mio. € auf 299,0 Mio. €. Der Bestand an Spezialfonds und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich geringfügig um 1,4 Mio. € auf 72,0 Mio. €.

Die Einlagen von Kunden erhöhten sich insgesamt um 72,6 Mio. € auf 2.146,0 Mio. €. Der Rückgang im Bereich der Spareinlagen konnte durch die Zuwächse bei den übrigen Einlagen und Sparkassenbriefen überkompensiert werden. Unser strategisches Ziel, den Einlagenbestand zu steigern, wurde damit übertroffen.

Der Bestand an Sparkassenbriefen erhöhte sich u. a. aus der Umschichtung von Spareinlagen um 83,5 Mio. € auf 243,5 Mio. €. Der Zugang resultierte hauptsächlich aus den Mittelzuflüssen privater Anleger. Die Spareinlagen verringerten sich um 36,4 Mio. €, so dass sich zum Jahresende ein Bestand von 872,8 Mio. € ergab.

Die übrigen Einlagen erhöhten sich insgesamt um 25,5 Mio. € auf 1.029,7 Mio. €. Die befristeten Einlagen stiegen um 61,6 Mio. € auf 235,8 Mio. €. Im Bereich der täglich fälligen Einlagen verringerte sich der Bestand dagegen um 36,1 Mio. € auf 793,8 Mio. €.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die Kunden weiterhin kurz- und mittelfristige Anlageformen bevorzugen.

Bei den Schuldverschreibungen verzeichneten wir einen Bestandsrückgang um 16,9 Mio. € auf 57,8 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten der Sparkasse gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich leicht um 22,1 Mio. € auf 522,9 Mio. €. Sparkassenbriefe machten mit 305,9 Mio. € den größten Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus.

Im Wertpapiergeschäft mit unseren Kunden lag das Volumen aus Verkäufen und Fälligkeiten über dem Volumen aus Ankäufen der in unserem Haus geführten Kundendepots.

Das Verbundgeschäft, d. h. die Vermittlung von Versicherungs-, Bauspar- und Leasinggeschäften sowie der Vertrieb von offenen Investmentfonds, gehört zu den

Kerngeschäften der Sparkasse und ermöglicht es, allen Kunden ein umfassendes und bedarfsgerechtes Angebot zu unterbreiten.

Für den Bereich der Lebens- und Rentenversicherung konnten wir nicht ganz an das positive Abschlussergebnis des Vorjahres anschließen. In den Bereichen Kranken- und Sachversicherungen haben wir ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht. Bei den Unfallversicherungen konnten wir an das gute Ergebnis aus 2010 anschließen.

Unser Bauspargeschäft konnte um 12 % gesteigert werden und stellt sich mit einer vermittelten Gesamt-Bausparsumme von über 51 Mio. € in 2011 sehr positiv dar.

Die Zusammenarbeit im Verbund mit der „Deutschen Leasing“ wurde erfolgreich fortgesetzt. Das Volumen im gewerblichen Bereich war bei in etwa gleicher Anzahl abgeschlossener Verträge rückläufig. Bei der Finanzierung von Kraftfahrzeugen für Privatpersonen haben wir ein gutes Ergebnis erzielt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Für das Jahr 2011 ergibt sich ein Jahresüberschuss, der über dem Ergebnis des Jahres 2010 liegt.

Die kreditgeschäftliche Bewertung hat sich gegenüber 2010 deutlich verbessert. Die Bewertung der Anlagen in Wertpapieren führte entgegen unseren Erwartungen wie im Jahre 2010 zu einem negativen Ergebnisbeitrag. Die Bewertungsmaßnahmen für den Wertpapiereigenbestand sind mit Ermessensentscheidungen bei der unternehmensindividuellen Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter verbunden. Für circa ein Viertel unseres Bestandes an eigenen Wertpapieren haben wir inaktive Märkte festgestellt. Im Vergleich zu aktiven Märkten bestehen auch bei sachgerechter Ermessensausübung höhere Schätzunsicherheiten.

Für das Jahr 2011 betrug das um außerordentliche und periodenfremde Positionen bereinigte Betriebsergebnis vor Bewertung 0,89 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS). Unsere Erwartungen wurden übertroffen. Der Vorjahreswert lag hier bei 0,90 % der DBS. Die Cost-Income-Ratio (CIR)¹ errechnete sich mit 66,5 % gegenüber 66,9 % im Vorjahr.

¹ CIR = (Verwaltungsaufwand x 100) / [(Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften) + (sonstiger Ertrag – sonstiger ordentlicher Aufwand)]

Zu dem Ergebnis 2011 im Einzelnen:

	in Tsd. € (evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2011	2010	Veränderungen
Zinsüberschuss	60.332	61.394	-1.062
Laufende Erträge	3.763	3.216	547
Provisionsüberschuss	16.141	16.442	-301
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	1.443	2.687	-1.244
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	51.627	52.186	-559
davon:			
Personalaufwand	(37.140)	(38.199)	(-1.059)
andere Verwaltungsaufwendungen	(14.487)	(13.987)	(500)
Bewertungsergebnis	29.994	-9.604	39.598
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-47.531	-7.581	-39.950
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	-2.739	-4.498	1.759
Steuern	6.644	6.828	-184
Jahresüberschuss	3.132	3.042	90

Insgesamt verringerten sich die Erträge (GuV, Pos. 1 bis 9) um 1,6 Mio. € auf 83,6 Mio. €. Gleichzeitig ermäßigte sich der Gesamtaufwand (GuV, Pos. 10 bis 12) um 0,3 Mio. € auf 56,3 Mio. €.

Der Zinsüberschuss – einschließlich laufender Erträge (gemäß GuV, Pos. 3) – verringerte sich im Vergleich zu 2010 wie erwartet um 0,5 Mio. € auf 64,1 Mio. €. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften erhöhten sich von 104,6 Mio. € auf 106,6 Mio. €. Der Zinsertrag aus festverzinslichen Wertpapieren und die anderen laufenden Erträge verringerten sich um 2,0 Mio. €. Der Zinsaufwand erhöhte sich von 60,1 Mio. € im Vorjahr um 0,5 Mio. € auf 60,6 Mio. €.

Für 2011 erwarteten wir, den ordentlichen Ertrag und die Provisionsüberschüsse durch Vertriebsaktivitäten auf dem Niveau des Jahres 2010 halten zu können. Dieses Ziel haben wir fast erreichen können. Insgesamt ist das ordentliche Provisions- und Ertragsergebnis mit 16,1 Mio. € zufriedenstellend ausgefallen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich von 52,2 Mio. € auf 51,6 Mio. €. Entgegen unserer Erwartung ermäßigten sich die Personalkosten um 1,1 Mio. €. Der Sachaufwand erhöhte sich entsprechend unseren Erwartungen um 0,5 Mio. € auf 14,5 Mio. €.

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft werden mit 40,4 Mio. € ausgewiesen. In

diesem Posten ist die Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340 f HGB in Höhe von 40,6 Mio. € enthalten.

Für die besonderen Risiken aus der Umsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG bzw. für die anteilige Haftung aus den Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt haben wir auch in diesem Jahr den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit weiteren 1,5 Mio. € dotiert.

Neben dem Ertrag aus der Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340 f HGB haben wir weitere 5,4 Mio. € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Diese Maßnahmen haben wir im Hinblick auf die zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III vorgenommen. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken weist nunmehr einen Bestand von 56,8 Mio. € aus.

Die Aufwendungen aus Abschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV-Position 15) betragen im Geschäftsjahr 10,4 Mio. € nach 4,2 Mio. € im Vorjahr. Während die Aufwendungen im Vorjahr zum größten Teil aus der Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens resultierten, sind im Jahr 2011 neben der Abschreibung von 4,7 Mio. € auf Staatsanleihen bonitätsschwächerer Euroländer nennenswerte Bewertungsmaßnahmen zu den Beteiligungen erforderlich geworden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen blieben mit 2,7 Mio. € um 0,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3,1 Mio. € beschließt die Vertretung des Trägers gemäß § 24 Abs. 4 SpkG NW.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf die Ausführungen in der Risiko-berichterstattung verwiesen.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der WestLB AG wurde dispositionsbedingt in begrenztem Umfang in Anspruch genommen.

Die nach den bankaufsichtlichen Regelungen ermittelte Liquiditätskennzahl, die mindestens 1,00 betragen muss, beträgt zum Jahresende 2,89 und belegt damit einen ausreichenden Liquiditätsspielraum.

Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsgpässe hin.

Vermögenslage

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 67 %, Wertpapiere mit 17 % und Forderungen an Kreditinstitute mit 10 %, auf der Passivseite die Kundeneinlagen und

Eigenemissionen mit 74 % sowie die Bankenverpflichtungen mit 17 % die bedeutendsten Posten dar.

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute ist in angemessenem Umfang zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Sicherheitsrücklage beläuft sich auf 149,4 Mio. € (Vorjahr 146,4 Mio. €).

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der anrechnungspflichtigen Positionen nach Solvabilitätsverordnung beträgt per 31.12.2011 13,38 % und liegt damit über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Aus der Vermögenslage der Sparkasse am Niederrhein ist der weitere Geschäftsbetrieb gesichert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Marktpräsenz

Im Geschäftsgebiet ist die Sparkasse am Niederrhein mit 28 Geschäftsstellen und 10 SB-Standorten vertreten.

Die Sparkasse hat ihren Internet-Auftritt im Jahr 2011 weiter optimiert. Das Angebot der Internet-Filiale ermöglicht allen interessierten Verbrauchern die Eröffnung von Girokonten, die Geldanlage und die Beantragung von Kreditkarten und Ratenkrediten.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2011 waren bei der Sparkasse am Niederrhein, ausschließlich des ohne Bezüge freigestellten Personals, 693 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 431 vollzeitbeschäftigte und 206 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie 56 Auszubildende. 15 Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2011 mit Erfolg beendeten, übernahmen wir – teilweise befristet – in das Angestelltenverhältnis. Um auch in Zukunft auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen zu können, haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 20 jungen Leuten die Möglichkeit gegeben, in unserer Sparkasse eine Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann zu beginnen.

Der Qualifizierungsbedarf wurde auf Institutsebene festgelegt. Unter anderem haben in 2011 zwei Beschäftigte den Vollzeitlehrgang zur Sparkassenbetriebswirtin / zum Sparkassen-

betriebswirt erfolgreich abgeschlossen. Weitere zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich zur Sparkassenfachwirtin bzw. zum Sparkassenfachwirt weitergebildet. Adäquate nebenberufliche Qualifizierungsmaßnahmen – darunter in 2011 u. a. zwei Abschlüsse zur Diplom-Kauffrau – werden durch die Sparkasse am Niederrhein anerkannt und gewürdigt.

Unsere Sparkasse befindet sich in einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess der Führungsstrukturen. Entsprechende Seminare für unsere Führungskräfte haben wir in 2011 durchgeführt. Eine Fortführung und Ergänzung des Führungskräfte-Programms ist für 2012 vorgesehen.

Im Jahr 2011 wurde die tariflich vorgesehene leistungsorientierte Vergütung für den individuell leistungsbezogenen und den unternehmererfolgsbezogenen Teil der Sparkassensonderzahlung für 2010 ermittelt und im April bzw. Juli an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezahlt.

Die betriebliche Gesundheitsförderung der Beschäftigten hat für die Sparkasse am Niederrhein einen hohen Stellenwert. In 2011 lag ein Schwerpunkt des Gesundheitsmanagements auf der Früherkennung von Darmkrebs-Risikofaktoren. Eine Vielzahl von Beschäftigten und ihren Angehörigen hat die Gelegenheit genutzt, im Rahmen einer betriebsärztlich betreuten Darmkrebsvorsorge ihr Darmkrebs-Risiko testen zu lassen. Hohe Beteiligung von Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben auch die im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung erfolgten Angebote aus den Handlungsfeldern Bewegung und Ernährung erfahren. Darüber hinaus haben viele Beschäftigte an dem Sportabzeichen-Wettbewerb 2011 der Sparkassen-Finanzgruppe teilgenommen.

Das besonders erfolgreiche Engagement der Sparkasse am Niederrhein für dieses Themenfeld ehrte die Unfallkasse NRW: Sie prämierte das vorhandene Angebot zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 2011 mit der höchsten möglichen Auszeichnung.

Umweltaspekte

Die Sparkasse am Niederrhein beteiligt sich mit rund 10 anderen Unternehmen aus der Region seit Mitte des Jahres 2011 an dem Projekt „Ökoprofit“ des Kreises Wesel.

Kernziele des Projektes sind:

1. Leistung eines Beitrages zur Umweltentlastung durch eine Verbesserung der betrieblichen Umweltleistung,
2. Erschließung von Potentialen zur Senkung der betrieblichen Kosten z. B. durch eine Reduzierung des Verbrauchs an Energie, Wasser und Betriebsmitteln sowie des Abfalls und Abwasseraufkommens.

Im Rahmen von insgesamt 10 Workshops werden die unterschiedlichsten Themen behandelt, wie z. B. gefährliche Arbeitsstoffe, Energieanalyse, Umweltcontrolling usw.

Weiterhin wird der Aufbau eines systematischen Umweltmanagementsystems vorbereitet. Wesentlicher Baustein dieses Systems wird ein jährlich fortgeschriebener Energie- und Umweltbericht sein. Im Rahmen dieses Managementsystems wird auch der Bereich

Produktökologie einbezogen, d. h. die Sparkasse wird im Rahmen ihres Gesamtangebotes ökologisch orientierte Produkte anbieten.

Soziales Engagement / Gemeinwohlorientierung

Die Sparkasse am Niederrhein hat im Jahr 2011 aus Spenden und aus dem Prämienspar-Zweckertrag 0,8 Mio. € für soziale, sportliche und kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt. Gefördert wurde mit den Geldern die Arbeit zahlreicher Vereine, Verbände und Organisationen im Geschäftsgebiet. Die sechs Stiftungen der Sparkasse am Niederrhein haben über 0,4 Mio. € für soziale und kulturelle Zwecke ausgeschüttet.

Für die Stiftung „Standort- und Zukunftssicherung Kreis Wesel“, deren Stiftungszweck die Standortförderung und Zukunftsentwicklung durch Förderung der Bildung, von Wissenschaft und Forschung, des Umweltschutzes und von Kunst und Kultur im Kreis Wesel ist, hat die Sparkasse am Niederrhein in den vergangenen Jahren Zustiftungen geleistet. Mit diesen Zustiftungen möchte die Sparkasse am Niederrhein ihren Beitrag zur Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet leisten und die Anstrengungen für die Zukunftssicherung des Standorts Kreis Wesel unterstützen.

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Sachverhalte aufgetreten, die noch nicht im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt wurden und zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, wenn sie eher eingetreten wären.

Risikoberichterstattung

Risikomanagementziele und -methoden

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen und -kompetenzen von Kreditinstituten. Der verantwortungsvolle Umgang mit den banktypischen Risiken hat in der Sparkasse am Niederrhein höchste Priorität. Daher wurde ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Eine klare Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen der Sparkasse ermöglicht eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen sich verändernder Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente und aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an.

So verwenden wir seit 2011 ein aktualisiertes periodisches Risikotragfähigkeitskonzept als Basis der Risikosteuerung. Ergänzend werden einige barwertige Risikowerte als Zusatzinformation genutzt.

Unser Stresstestkonzept beinhaltet sowohl auf einzelne Risikoarten beschränkte als auch übergreifende Analysen. In diesem Konzept werden unter anderem Risikokonzentrationen berücksichtigt. Für diese Risikokonzentrationen besteht seitens der Aufsicht kein Zwang zur Diversifizierung. Zum Teil wurden die Konzentrationen in Übereinstimmung mit der Geschäftsstrategie sogar bewusst aufgebaut. Ein Beispiel hierfür ist die Konzentration der Sparkasse am Niederrhein auf Kreditnehmer aus der Region.

Die in der MaRisk-Novelle vom 15.12.2010 durch die Aufsicht geforderte Analyse der Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs auf Gesamtinstitutsebene in einem Stresstest haben wir ebenso wie den sogenannten inversen Stresstest fristgerecht in 2011 implementiert. Stresstests ergänzen unser Instrumentarium zur frühzeitigen Ermittlung von kritischen Belastungsfaktoren. Sie stärken unser Haus darin, ungünstigen Entwicklungen rechtzeitig mit entsprechenden Steuerungsimpulsen zu begegnen.

Über die Ergebnisse der Stresstests wird dem Vorstand regelmäßig berichtet. In 2011 ergaben sich aus den Ergebnissen keinerlei Hinweise auf eine außergewöhnliche oder eine gar den Bestand gefährdende Risikolage der Sparkasse.

2011 erfolgte die fristgerechte Umsetzung der von der BaFin am 15.12.2010 veröffentlichten Novelle der MaRisk.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik der Sparkasse und überwacht die Tätigkeit des Vorstands. Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie werden mit dem Verwaltungsrat erörtert. Im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichte wird er über alle wesentlichen Risikoarten umfassend informiert. Darüber hinaus wird der Verwaltungsrat bzw. dessen Vorsitzender seit Januar 2010 im Rahmen von Ad-hoc-Meldungen unter anderem über etwaige unter Risikoaspekten wesentliche Entwicklungen informiert.

Der Vorstand der Sparkasse am Niederrhein legt neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen Vorgaben und die Höhe der Verlustobergrenze fest. Dies beinhaltet auch den Beschluss des benötigten Risikokapitals auf der Grundlage des periodischen Risikotragfähigkeitskonzepts.

Die Risikostrategie der Sparkasse definiert die Vorgaben für das Risikomanagement. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung, die Erläuterung des Umgangs mit den verschiedenen Risikoarten sowie die Festlegung der wesentlichen Risiken.

Das periodische Risikotragfähigkeitskonzept ist auf der Basis der Risikostrategie das zentrale Element der Risikomessung und -steuerung. Die Steuerung der Risiken erfolgt auf Institutsebene unter anderem durch die Limitierung der verschiedenen Risikoarten. Der Vorstand erhält monatliche Berichte über die Entwicklung der Limitauslastungen und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen.

Zusätzlich wird der Vorstand über alle nachfolgend näher erläuterten Risikoarten durch regelmäßige Berichte informiert. Außerdem besteht im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ein Ad-hoc-Berichtssystem.

Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind.

Die Betriebswirtschaftliche Abteilung (BWA) nimmt die Funktionen des Risikocontrollings wahr. Sie ist aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängig. Im revolvierenden Risikomanagementprozess kann man verschiedene Phasen unterscheiden, die zur Analyse und Quantifizierung der für die Sparkasse relevanten Risiken durchlaufen werden. Die Risiken sind zu identifizieren, zu beurteilen und in Berichten darzustellen. Diese Informationen bilden die Grundlage für die Steuerung. Die Überwachung der Risiken unter Berücksichtigung der Steuerungsmaßnahmen schließt den Regelkreis.

Bestehende und potenzielle Risiken werden mindestens jährlich im Rahmen des Strategieprozesses durch eine Risikoinventur identifiziert und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für die Sparkasse bewertet. Zusätzlich werden anlassbezogenen Risiken aus wesentlichen Veränderungen externer Umwelteinflüsse oder der mit neuen Produkten oder neuen Märkten verbundenen Risiken ermittelt und in die bestehenden Steuerungs- und Überwachungssysteme integriert. Um die Risiken aus neuen Produkten oder neuen Märkten korrekt einschätzen zu können, führt die Sparkasse sogenannte Neue-Produkt-Prozesse unter Einbeziehung aller beteiligten Organisationseinheiten durch.

Ziel der Risikobeurteilung ist, mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das regelmäßige Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling.

Die Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich oder anlassbezogen von den zuständigen Abteilungen geprüft.

Die Interne Revision unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen der Sparkasse. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Er bildet die Grundlage, auf der die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe prüft und bewertet. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Wesentliche Feststellungen haben sich im Geschäftsjahr 2011 nicht ergeben. Vorschläge der Innenrevision zu möglichen Verbesserungen werden umgesetzt.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie. Er baut dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter. Im Rahmen der Risikoinventur hat der Vorstand relevante Ausprägungen der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken als wesentliche Risiken gemäß MaRisk definiert. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken weisen für die Sparkasse eine hervorgehobene wirtschaftliche Bedeutung auf. Mit den auf der Grundlage der Risikostrategie und des Risikotragfähigkeitspotenzials beschlossenen Risikolimiten sichert der Vorstand den Ertrag und das Vermögen der Sparkasse. Aufsichtsrechtliche und gesetzliche Normen wie zum Beispiel die Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung müssen jederzeit erfüllt werden.

Die Kontrolle der Vorgaben der Risikostrategie erfolgt laufend. Die zusammenfassenden Risikoberichte werden vierteljährlich dem Vorstand zur Kenntnis gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand monatlich eine Übersicht der Limitauslastungen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes.

Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken setzen sich aus den Kreditrisiken (Kunden), den Kontrahenten-, Emittenten-, Länder- und den Beteiligungsrisiken zusammen.

Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung und / oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

Zentrale Bedeutung für die Kreditrisiken hat die Bonitätsbeurteilung, die bei der Sparkasse am Niederrhein durch den umfassenden Einsatz der Rating- und Scoringssysteme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH unterstützt wird. Nahezu alle Kreditnehmer verfügen über eine aktuelle Rating- oder Scoringnote.

Die Bonitätsbeurteilung im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Informationen der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Darüber hinaus werden auch die Sicherheiten berücksichtigt. Die Höhe der möglichen Blankokreditgewährung richtet sich nach der jeweiligen Kundenbonität.

In speziellen DV-Programmen zur Risikofrüherkennung werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements (Watchlist) geführt und erforderlichenfalls an die Abteilung Sonderkredite zur Sanierung oder Abwicklung übergeleitet. Das Kreditportfolio wird darüber

hinaus anlassbezogen - mindestens jedoch vierteljährlich - auf erkennbare Risiken überprüft. Diesen Risiken wird durch eine angemessene Risikovorsorge Rechnung getragen. Für latente Risiken werden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Die Struktur der Ausleihungen zeigt im Vergleich zu den Verbandssparkassen einen unterdurchschnittlichen Anteil bei Unternehmenskrediten und Krediten an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen. Die Branchenstruktur unseres Hauses ist mit der des Verbands weitgehend vergleichbar. Die Dienstleistungsbranche bildet wie bei den Verbandssparkassen einen Schwerpunkt im Kreditgeschäft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Branche gemäß periodisch durchgeführten Analysen eine Vielzahl von unterschiedlichen Dienstleistungen zusammengefasst wird, so dass sich hieraus keine Risikokonzentration ergibt. Auf eine auf das Gesamtgeschäft bezogene Steuerung der Branchenstruktur, z. B. durch den Ausschluss bestimmter Branchen von der Kreditvergabe, verzichten wir, weil dies unseres Erachtens nicht im Einklang mit dem öffentlichen Auftrag unseres Hauses steht.

Darüber hinaus werden wir die weitgehend besicherte Finanzierung selbstgenutzter Wohnimmobilien wie bisher in den Mittelpunkt unserer kreditgeschäftlichen Aktivitäten stellen.

Die derzeitige größenmäßige Schichtung, die sich in den Vorjahren nicht nennenswert verändert hat, halten wir grundsätzlich für geeignet, eine angemessene Kredit- und Risikostreuung zu erreichen. Trotzdem bestehen Konzentrationen einzelner Kreditnehmer, die einen überproportionalen Anteil am gesamten Kreditrisiko besitzen. Wir halten diese Risiken nicht für außergewöhnlich. Sie sind auch im Hinblick auf die vorhandene Risikotragfähigkeit und die bereits in den Vorjahren in der Kreditrisikostategie dokumentierten Risiko reduzierenden Maßnahmen vertretbar.

Die Sparkasse hat das zentral entwickelte Kreditportfoliomodell Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH implementiert, das ein Barwertmodul und ein Periodikmodul beinhaltet.

Das Barwertmodul von CPV ermöglicht die Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste, des ökonomischen Kapitalbedarfs, die Berechnung von Größenkonzentrationen sowie die Analyse von Teilportfolien. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einem unterstellten Risikohorizont von einem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Konjunkturlinien, Ratingmigrationen, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt. Das Barwertmodul liefert ergänzende Zusatzinformationen zur Steuerung des Kreditportfolios. Der Vorstand erhält monatlich einen Bericht der wesentlichen Kennzahlen.

Das Periodikmodul ermöglicht auf derselben Datenbasis wie im Barwertmodul die Schätzung von erwarteten und unerwarteten Verlusten für die periodische Gewinn- und Verlustrechnung unseres Hauses. Wir verwenden hier ebenfalls ein Konfidenzniveau von 99 %. Die Ergebnisse des Periodikmoduls werden ab 2012 in die monatliche periodische Risikotragfähigkeitsberechnung einfließen.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse risikoadjustierte Preise (RAP). Neben der Ermittlung einer angemessenen und fairen Bepreisung des Adressenausfallrisikos sollen die

risikoadjustierten Preise dazu beitragen, gute Bonitäten mit attraktiven Konditionen an unser Haus zu binden und das Kreditgeschäft mit schlechten Bonitäten tendenziell zu reduzieren. Damit tragen risikoadjustierte Preise zu einer Verbesserung der Qualität des Kreditportfolios bei.

Im Kreditgeschäft mit Kunden haben sich die Belastungen, die sich bereits im Vorjahr unterhalb des Limits für erwartete Verluste bewegten, nochmals reduziert. Insbesondere durch günstige Entwicklungen bei im Vorjahr wertberichtigten Kreditnehmern konnte ein positives Bewertungsergebnis erzielt werden.

Unter dem Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei – vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte – vollständig oder teilweise ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebestand von Geschäften ab. Dieses Risiko beschränken wir durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner sowie durch Handelslimite je Partner.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten. Auch hier werden die Adressenausfallrisiken durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten sowie durch Bestandslimite je Partner begrenzt.

Der Anteil von Geschäften mit höheren Adressenausfallrisiken ist begrenzt. Wie in den beiden Vorjahren war im Geschäftsjahr 2011 kein Ausfall im Eigengeschäft zu verzeichnen.

Die Sparkasse führt Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Eurostaaten im Wesentlichen im Eigenbestand. Daneben werden in geringem Umfang innerhalb der Spezialfonds entsprechende Anleihen gehalten. Der Nennwert der Anleihen aus wirtschaftsschwachen Eurostaaten im Eigenbestand wurde 2011 um circa 42,9 % reduziert. Innerhalb der Spezialfonds ergaben sich keine Veränderungen.

Die Entwicklung der Staatsverschuldung insbesondere in Griechenland und weiteren europäischen Ländern und deren Auswirkungen auf die Märkte beobachten wir fortlaufend. Die bonitätsinduzierten Kursänderungen werden in den mindestens monatlich aktualisierten Marktpreisrisikoberichten für die Eigenanlagen im Depot A berücksichtigt.

Von möglichen Rückzahlungen unterhalb des Nominalwertes gehen wir bei den wirtschaftsschwachen Euro-Ländern – mit Ausnahme Griechenlands – nach wie vor nicht aus.

Daher sind – auch vor dem Hintergrund der o. g. Bestandsreduzierungen – derzeit aus der Struktur der Wertpapieranlagen insgesamt keine erhöhten latenten Risiken abzuleiten.

Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder dessen Bonität. Das Kreditvolumen außerhalb Deutschlands ist im Vergleich zu den gesamten Aktiva unbedeutend, so dass hier keine nennenswerten Risiken bestehen.

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Bereitstellung von Eigenkapital für Dritte Verluste entstehen. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie. Wir haben bei zwei Beteiligungen Abschreibungen vorgenommen. Das Verlustlimit für Beteiligungen wurde jedoch nicht überschritten.

Über die Adressenausfallrisiken wird der Vorstand vierteljährlich durch einen ausführlichen Bericht informiert. Die wesentlichen Aussagen werden ebenfalls vierteljährlich in den Risikoarten übergreifenden Risikobericht übernommen.

Per saldo war in 2011 im Gegensatz zu 2010 keine Belastung aus Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft zu verzeichnen. Im Bereich der Beteiligungen sind die Belastungen jedoch gestiegen. Die Summe der Belastungen aus diesen Bereichen bewegt sich auf Vorjahresniveau. In den übrigen Kategorien des Adressenausfallrisikos traten keine Belastungen auf. Das bonitätsinduzierte Abschreibungsrisiko bei festverzinslichen Wertpapieren stellen wir im Marktpreisrisiko dar.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Die Sparkasse am Niederrhein differenziert bei den Marktpreisrisiken zwischen Zinsänderungs-, Spread-, Aktienkurs-, Währungs-, Immobilien- und Optionsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko lässt sich in das periodische Zinsspannenrisiko, das ebenfalls periodisch orientierte Abschreibungsrisiko und das wertorientierte Zinsänderungsrisiko differenzieren.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung wird das Zinsspannenrisiko als negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert interpretiert. Das Abschreibungsrisiko gibt die Kursverluste von Wertpapieren an, die aus Veränderungen der risikolosen Zinskurve resultieren. Negative Wertänderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen aufgrund von Veränderungen der risikolosen Zinskurve bilden das wertorientierte Zinsänderungsrisiko.

Zur Bilanzstruktursteuerung und zur periodischen Ermittlung des Zinsspannenrisikos hat die Sparkasse 2011 neben dem Sparkassen-Prognosesystem, den sogenannten GuV-Planer (Basis) eingesetzt. Der GuV-Planer ermöglicht, die periodische und wertorientierte Simulation von Zinsspanne und Zinsänderungsrisiko auf der gleichen Datenbasis durchzuführen. Dies trägt dazu bei, die Konsistenz zwischen periodischen und barwertigen Berechnungsverfahren zu erhöhen. Mit dem GuV-Planer werden verschiedene Szenarien der Zinsspannenentwicklung simuliert. Für Stresstests werden besondere Szenarien eingesetzt. Auf der Grundlage der Ergebnisse des GuV-Planers können gezielte Steuerungsmaßnahmen zur Ertragsverbesserung unter Chancen- / Risikoaspekten vorgenommen werden. In 2011 wurde die Migration vom GuV-Planer (Basis) auf den GuV-Planer (Plus) begonnen, die voraussichtlich 2012 abgeschlossen wird. Die Plusversion unterscheidet sich von der Basisversion insbesondere durch eine granulare Datenversorgung auf Einzelgeschäftsebene.

Die Zinsspanne entwickelte sich 2011 etwas besser, als im Vorjahr prognostiziert. Das Limit für negative Abweichungen von der prognostizierten Zinsspannenentwicklung wurde daher zum Jahresende nicht in Anspruch genommen. Über die Zinsspannenentwicklung wird monatlich berichtet.

Das Abschreibungsrisiko des Eigengeschäftes wird täglich durch das Risikocontrolling mit der Anwendung SimCorp Dimension (SCD) nach Art und Höhe bewertet. Dabei wurde 2011 für die unterjährige Messung das Value-at-Risk-Konzept mit einer Haltedauer von 20 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % eingesetzt. Die Ergebnisse werden in Berichten zusammengefasst, die dem Vorstand und den Fachbereichen anlassbezogen, jedoch mindestens monatlich vorgelegt werden. Ergänzend werden regelmäßig Stressszenarien untersucht.

Als Spreadrisiko werden Renditedifferenzen bezeichnet, die die mit einer Anlage verbundenen Risiken, insbesondere aus der Bonität eines Emittenten oder der (fehlenden) Handelbarkeit einer Anlage kompensieren. Das Spreadrisiko besteht für die Sparkasse als Investor insbesondere in der Ausweitung von Renditedifferenzen aufgrund von unerwarteten Verschlechterungen der Bonität einzelner Emittenten oder der Ausweitung von Risikoaufschlägen für bestimmte Ratingklassen, die ein Abschreibungsrisiko der entsprechenden Positionen im Depot A verursachen können. Eine Spreadausweitung hat ebenfalls Auswirkungen auf die Liquiditätsposition, weil die betroffenen Wertpapiere nur zu ungünstigeren Konditionen veräußert werden könnten.

Die Messung erfolgt zusammen mit dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko in SCD.

2011 war wie im Vorjahr ein negatives Bewertungsergebnis zu verzeichnen, das insbesondere durch die negative Wertentwicklung der Anleihen Griechenlands dominiert wurde. Das Eigengeschäft wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Belastungen im Eigengeschäft bewegen sich deutlich unterhalb des beschlossenen Limits für erwartete und unerwartete Verluste.

Das wertorientiert mit S-Treasury gemessene Zinsänderungsrisiko ist vertretbar. Im Rahmen der Bankbuchsteuerung setzen wir ausschließlich zur Risikobegrenzung auch Zinsswaps ein.

Mit ihrem Rundschreiben 11/2011 hat die BaFin im Vergleich zum bisher gültigen Rundschreiben 7/2007 die Berechnungsparameter für den sogenannten Zinsrisikoeffizienten deutlich verschärft. Unter anderem wurde der zu simulierende Zinsschock von +130/-190 auf +/- 200 Basispunkte ausgeweitet. Die Sparkasse am Niederrhein ist im Sinne des aktuellen Rundschreibens ein Institut mit „erhöhten Zinsänderungsrisiken“. Dies bedeutet, dass sich der Wertverlust des Zinsbuches der Sparkasse durch den von der BaFin definierten Zinsschock oberhalb der festgelegten Meldeschwelle bewegt.

Die BaFin stellt jedoch bereits in ihrem Anschreiben zum o. g. Rundschreiben klar, dass sie diese Schwelle nicht als Risikosteuerungsgröße versteht. Sie ist sich darüber bewusst, dass der aufsichtsrechtliche Zinsrisikoeffizient keine ökonomische Steuerungsgröße darstellt. Im Rundschreiben der BaFin wird explizit darauf hingewiesen, dass die Meldeschwelle nicht als aufsichtsrechtlich vorgegebene Obergrenze für das Eingehen von Zinsänderungsrisiken interpretiert werden darf.

Über die Entwicklung des Zinsänderungsrisikos erhält der Vorstand monatlich einen Bericht.

Das Aktienkursrisiko i. e. S. ergibt sich aus möglichen Änderungen des gesamten Aktienmarktes. Es beschreibt als Marktpreisrisiko die Gefahr, dass durch Preisänderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht. Negative Kurswertänderungen von Aktien aufgrund von Bonitätsverschlechterungen eines Emittenten (= spezifisches Aktienkursrisiko) sind zwar streng genommen den Adressenausfallrisiken zuzuordnen, werden aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur Differenzierung jedoch ebenfalls dem Aktienkursrisiko zugeordnet. Die Sparkasse am Niederrhein hat 2011 keine Aktienbestände gehalten².

Das Währungsrisiko wird als Gefahr einer Vermögensminderung infolge von Devisenkursschwankungen definiert. Aufgrund der unwesentlichen Bestände besteht in unserem Hause kein relevantes Währungsrisiko.

Als Immobilienrisiko verstehen wir die Gefahr eines Verkehrswertrückganges für Immobilien. Das Immobilienrisiko kann sowohl aus im Eigenbestand befindlichen Immobilien des Anlagevermögens resultieren als auch aus Immobilien, die im Rahmen von Rettungserwerben erworben wurden und weiterveräußert werden sollen (Umlaufvermögen). 2011 sind bei einer geringen Anzahl von Transaktionen insgesamt keine Verluste angefallen.

Das Optionsrisiko wird in ein originäres und ein implizites Optionsrisiko differenziert. Das originäre Optionsrisiko (Deltarisiko) ist ein Teilrisiko des betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisikos von Optionen und gibt die Sensitivität des Optionspreises gegenüber Preisänderungen des Basiswertes an. Das implizite Optionsrisiko besteht in Form von Sonderkündigungsrechten von Kunden sowohl bei Aktiv- als auch bei Passivgeschäften. Originäre Optionsrisiken ist die Sparkasse am Niederrhein 2011 nicht eingegangen. Die impliziten Optionen werden im Zinsänderungsrisiko berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne ist die Gefahr, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man die Gefahr, in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwarteten Konditionen kontrahieren zu können.

Liquiditätsrisiken steuert die Sparkasse durch eine vorsichtige und angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Die Überwachung und Steuerung der Liquidität erfolgt im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition. Darüber hinaus werden monatlich die im weiteren 12-Monats-Verlauf eintretenden Salden aus Fälligkeiten der Aktiva und Passiva zur Steuerung der mittelfristigen Liquiditätsentwicklung ermittelt und dem Vorstand zur Kenntnis gegeben. Außerdem werden

² Eine fondsähnliche Anlage in geringer Höhe, die erst nach Erwerb als Aktie eingestuft wurde, wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt.

unterschiedliche Szenariobetrachtungen durchgeführt. Dabei orientiert sich die Sparkasse an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Um erforderlichenfalls zeitnah und strukturiert reagieren zu können, hat die Sparkasse Frühwarnschwellen definiert und eine Liquiditätsliste erstellt, die quartalsweise aktualisiert wird.

Die Sparkasse verfügt – wie es auch die Liquiditätskennzahl zeigt – insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Zusätzlich werden die Liquiditätsrisiken insbesondere durch die bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt.

Die Risiken haben durch die internationale Finanzmarktkrise zugenommen. Da die Sparkasse über ausreichende Liquiditätsreserven verfügt, besteht jedoch bis auf weiteres keine Notwendigkeit, Wertpapiere in eventuell inaktiven Märkten aufgrund von Liquiditätserwägungen vor Fälligkeit unter Inkaufnahme von Kursabschlägen zu veräußern.

Das Risiko einer Illiquidität ist nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial zu begrenzen. Für erhöhte Refinanzierungskosten bestand im Geschäftsjahr 2011 ein Verlustlimit, das wie in den beiden Vorjahren jederzeit eingehalten wurde.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Kreditinstitute nutzen u. a. im Rahmen der Risikoüberwachung quantitative Modelle. Das Risiko, dass die hinter den zum Teil komplexen Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten, wird als Modellrisiko bezeichnet. Das Modellrisiko stellt einen Teil des operationellen Risikos (Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren) dar. In den operationellen Risiken ist auch das Rechtsrisiko enthalten. Unter dem Rechtsrisiko versteht man die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen etc. Das Rechtsrisiko ist ein Sekundärrisiko, das eine mögliche Folge zu einem operationellen Risiko darstellt.

Operationellen Risiken wirkt der Vorstand durch Notfallpläne, ein zeitgemäßes Anweisungswesen, ein internes Kontrollsystem, dem Einsatz von qualifiziertem Personal sowie weitgehende Verwendung von Standardverträgen entgegen. Ein adäquater Versicherungsschutz verhindert unangemessene finanzielle Belastungen aus Ereignissen, die von der Sparkasse nicht beeinflusst werden können.

Einen Schwerpunkt der operationellen Risiken bildet die IT-Sicherheit. Die Sparkasse hat technische und organisatorische Vorkehrungen gegen den Ausfall von Hardware, Software und Netzwerken sowie zur Datensicherung getroffen. Differenzierte Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz von vertraulichen Informationen vor unberechtigten Zugriffen. Die Sparkasse hat technische und organisatorische Vorkehrungen gegen den Ausfall der IT getroffen. Bei der Umsetzung der verabschiedeten IT-Sicherheitspolitik folgt unser Haus den Konzepten des Rahmenwerks „Sicherer IT-Betrieb“ des Informatikzentrums der Sparkassen-Finanzgruppe in der Fassung der Finanz-Informatik und gewährleistet so die Einhaltung der definierten Sicherheitsstandards und die Funktion des IT-Sicherheits-Managementsystems.

Die Sparkasse setzt die vom DSGVO im Projekt "Operationelle Risiken" entwickelten Instrumente Schadensfalldatenbank und Risikoinventur ein. In der Schadensfalldatenbank werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1 TEUR erfasst (ex-post Betrachtung). Die auf Basis von Interviews oder Fragebögen erfolgte Inventur operationeller Risiken wird zur ex-ante Beurteilung möglicher Schäden genutzt. Die Auslastung lag 2011 unverändert innerhalb des Puffers für Verluste aus operationellen Risiken. Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur werden jährlich zu Berichten an den Vorstand zusammen gefasst.

Sonstige Risiken

Das Reputationsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass sich das Ansehen bzw. die öffentliche Meinung über unser Institut negativ verändert. Es stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar. Reputationsrisiken entstehen i. d. R. dann zusätzlich, wenn wesentliche Risiken, wie z. B. prominente Ausfälle im Kreditgeschäft, schlagend werden. Zur konkreten Ermittlung der von Reputationsrisiken ausgelösten Schäden steht kein technisches Verfahren zur Verfügung. Etwaige Auswirkungen würden daher im Risikodeckungspotenzial oder den zu Grunde liegenden Risikoarten abgebildet.

Die Risiken, dass realisierte Erträge und / oder Aufwendungen negativ von den geplanten Werten abweichen, würden sich im Risikodeckungspotenzial unseres Hauses niederschlagen. Bei der Jahresplanung wird daher ein Puffer für negative Prognoseabweichungen berücksichtigt.

Die Sparkasse am Niederrhein ist durch die Pflichtbeteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) indirekt Anteilseignerin der Westdeutschen Landesbank AG. Die Anteilseigner der Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der RSGV mit rd. 25,03 %) haben in einem „verbindlichen Protokoll“ im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Vorstandsvorsitzer ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (2,1 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung wie auch im Vorjahr im Jahresabschluss 2011 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen.

Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 4,8 Mio. € durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen 1,5 Mio. € auf das Geschäftsjahr 2011.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes beschlossene Verlustobergrenze wurde wie im Vorjahr unterschritten.

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung in den beschriebenen Risikokategorien mit Ausnahme des Adressenrisikos im Kundengeschäft 2012 mit dem Geschäftsjahr 2011 vergleichbar ist. Für das Adressenrisiko im Kundengeschäft, aus dem 2011 ein positives Bewertungsergebnis resultierte, erwarten wir wieder eine Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Sparkasse am Niederrhein verfügt über ausreichende Mittel zur Deckung der bestehenden Risiken. Die stabile Risikotragfähigkeit ist nach wie vor gewährleistet.

Es bestehen keine außergewöhnlichen Risiken, deren Eintritt den Geschäftsverlauf der Sparkasse am Niederrhein wesentlich negativ beeinflussen könnte, somit eine Gefährdung der weiteren Entwicklung nach sich zögen oder gar bestandsgefährdend wären.

Unabhängig von der stabilen Risikotragfähigkeit unseres Hauses bedeutet der Haftungsverbund nach wie vor umfassende Sicherheit für unsere Kundschaft.

Prognosebericht

Wir weisen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von unseren Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können.

Kennzeichnend für die prognostizierte Entwicklung der deutschen Wirtschaft in 2012 sind ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Winterhalbjahr 2011 / 2012 und ein Aufleben der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2012. Die Prognosen für die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr liegen bei 0,3 % bis 0,6 % und 1,6 % bis 2,2 % in 2013. Ob diese Entwicklung so eintritt, ist stark davon abhängig, ob es gelingt, eine Lösung / Stabilisierung der Staatsschuldenkrise im Jahresverlauf zu erreichen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich in 2012 nach einhelliger Meinung deutlich abschwächen, sowohl auf nationaler, europäischer wie auch auf internationaler Ebene. Für Deutschland wird ein Anstieg der privaten Verbraucherpreise um rund 1,8 % erwartet.

Der private Konsum wird auch im laufenden Jahr von der Einkommensentwicklung gestützt, die weiterhin positiv ausfällt. Die Prognosen liegen zwischen 2,2 % und 2,8 % für das verfügbare Einkommen. Ausgehend von einer konstanten Sparquote von circa 11 % könnten die privaten Konsumausgaben real um 0,4 % bis 1,2 % zulegen.

Die staatlichen Konsumausgaben dürften im laufenden Jahr in ähnlicher Größenordnung zunehmen wie im Vorjahr. Steigenden Steuereinnahmen und Sozialabgaben, sinkenden Aufwendungen für Soziales stehen erhöhte Ausgaben durch die Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Rentenanpassung zur Jahresmitte entgegen. Der Schuldenstand wird sich nach der Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in 2012 und 2013 weiter zurückbilden. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit dürfte in etwa auf dem Niveau von 2011 bleiben, d. h. - 1 % in Relation zum BIP.

Die Investitionstätigkeit wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich nur schwach entwickeln. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften durch die unklaren Konjunkturaussichten belastet sein. Eine Besserung ist zur Jahresmitte möglich. Die Bauinvestitionen erfahren eine geteilte Entwicklung. Während der öffentliche Bau sich aufgrund der ausgelaufenen Konjunkturprogramme negativ entwickeln dürfte, wird sich die Lage im Wohnungsbau weiterhin positiv entwickeln.

Der Außenhandel wird in 2012 voraussichtlich wachstumsdämpfend wirken. Während die Exporte nur noch um 2 bis 3 % steigen werden, werden die Importe mit 2,5 bis 4,6 % stärker zunehmen.

Der Arbeitsmarkt wird sich trotz des voraussichtlich geringen Wirtschaftswachstums weiter positiv entwickeln. Die meisten Wirtschaftsforscher erwarten einen fortgesetzten Abbau der Arbeitslosigkeit und eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit. Die prognostizierten Arbeitslosenquoten liegen bei circa 6,7 %.

Für unsere Region erwarten wir keine von den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute abweichenden Entwicklungen.

Das Ziel der Sparkasse am Niederrhein ist es, sich weiter als Vertriebssparkasse auf den Markt auszurichten. Wir konzentrieren uns auf unsere Stärke – den Vertrieb in der Region.

Wir verfolgen das Ziel, unsere Vertriebspotenziale durch aktive Kundenansprache und ganzheitliche Beratung zu nutzen. Zur nachhaltigen Steigerung unserer Vertriebsleistung sowie zur langfristigen Senkung der Beratungskosten in den Geschäftsstellen führen wir unsere Aktivitäten zur Umsetzung der Konzeptionen „Sparkassenfinanzkonzept“ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) fort. Das Sparkassenfinanzkonzept ermöglicht unseren Beraterinnen und Beratern eine strukturierte und zielgerichtete Vorgehensweise beim Kundengespräch. Unsere Kunden werden hierbei umfassend über Lösungen zu den Finanzbausteinen Service, Absicherung, Altersvorsorge und Vermögen ganzheitlich beraten.

Aufgrund verschiedener Faktoren rechnen wir damit, dass unsere gesamten Forderungen an Kunden steigen werden.

Im Kundenkreditgeschäft beobachten wir hohe Tilgungsrückflüsse, aber auch ein reges Neugeschäft. Von den Kommunen in unserem Geschäftsgebiet wurden neue Baugebiete ausgewiesen. Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes mit Privatkunden liegt in der Finanzierung des Erwerbs von Immobilien und von Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Für den Vertrieb über unsere Geschäftsstellen haben wir zusätzlich ein neues, einfaches Kreditprogramm für Renovierungen und Modernisierungen aufgelegt. Diese Strategie, unsere Kunden insbesondere für Investitionen zum Energiesparen zu motivieren, werden wir auch in der Zukunft verfolgen.

Neben dem bewährten Produkt S-Privatkredit haben wir zur Stabilisierung unseres Provisionsertrags den S-Autokredit etabliert. Ab dem zweiten Quartal 2012 planen wir den S-Privatkredit auch über unsere Internetfiliale anzubieten.

Im Firmenkundengeschäft erwarten wir weiterhin eine positive Entwicklung. Durch das verbesserte Geschäftsklima rechnen wir aufgrund zunehmender Investitionsbereitschaft mit einem Zuwachs der Kundenforderungen im gewerblichen Kreditportfolio sowie im Verbundgeschäft mit der Deutschen Leasing AG.

Bei den Einlagen erwarten wir, dass der Bestand an normal verzinsten Spareinlagen stabil bleibt. Insgesamt gehen wir davon aus, dass wir den Gesamtbestand der Kundeneinlagen leicht steigern können.

Zur weiteren Stabilisierung und zum Ausbau der Erträge aus dem Versicherungsgeschäft betreibt die Sparkasse am Niederrhein eine Versicherungsvollagentur. Zielsetzung ist es hierbei, sowohl das gewerbliche wie auch das private Versicherungsgeschäft auszubauen und aus dem Vertragsbestand weiteres Geschäft zu generieren. Wir legen dabei im Rahmen unserer ganzheitlichen Beratung Wert auf eine umfassende Betreuung in allen Bereichen des Versicherungsgeschäftes. Ein besonderes Augenmerk gilt allerdings auch weiterhin der Altersvorsorge und einer zielgruppenorientierten Absicherung bestimmter Risiken in den entsprechenden Lebensphasen.

Der Private-Banking-Bereich bietet den Kunden neben der klassischen Vermögensbetreuung nach einer umfassenden Analyse der finanziellen Situation die Erstellung einer umfangreichen Finanzplanung an. Durch diese Gespräche sehen wir neben der Stärkung der Kundenverbindung die Möglichkeit, die individuelle Betreuung unserer vermögenden Kunden und unsere Erträge in diesem Kundensegment zu verbessern.

Durch eine bedarfsorientierte Weiterbildungsplanung sorgen wir dafür, dass unsere Kunden von gut ausgebildeten Beraterinnen und Beratern betreut werden.

In einem von intensivem Wettbewerb geprägten Marktumfeld sind Kostenbewusstsein und eine Verbesserung der Erträge - wie bereits in der Vergangenheit - unsere Ziele für die nächsten Jahre. In einer weiteren Konzentration auf unsere Vertriebspotenziale, die durch aktive Kundenansprache und ganzheitliche Beratung bzw. Betreuung gekennzeichnet sind, liegen unsere Zukunftschancen.

Chancen sehen wir auch darin, neben unserer bewährten Produktpalette modifizierte Produkte zu platzieren. Durch die Erweiterung unseres Internet-Auftritts stellen wir unseren Kunden und Neukunden in der Internetfiliale weitere Online-Abschlussmöglichkeiten zu Produkten und Dienstleistungen zur Verfügung.

Wir rechnen für 2012 mit weiterhin niedrigen Zinssätzen. In 2013 erwarten wir steigende Zinsen. Die Zinsüberschüsse werden sich im Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2011 voraussichtlich leicht erhöhen. Für 2013 erwarten wir einen höheren Zinsüberschuss als für das Jahr 2012.

Voraussichtlich werden der ordentliche Ertrag und die Provisionsüberschüsse durch die dargestellten Vertriebsaktivitäten auf dem Niveau des Jahres 2011 gehalten werden können.

Im laufenden Jahr rechnen wir trotz der geplanten Verringerung des Personalbestandes unter Berücksichtigung tariflicher Erhöhungen mit einem gegenüber 2011 leicht erhöhten Personalaufwand. In 2013 erwarten wir wieder einen geringeren Personalaufwand.

Der Sachaufwand wird für die nächsten zwei Jahre weiterhin restriktiv geplant und die Sensibilität für Kosten weiterhin geschärft. Gegenüber 2011 gehen wir in 2012 von einem leicht erhöhten Aufwand aus. In 2013 erwarten wir einen etwas geringeren Aufwand als in 2011.

Für die Jahre 2012 und 2013 ist es weiterhin unser Ziel, die Cost-Income-Ratio (CIR) unterhalb von 70 % zu halten.

Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2012 ein gegenüber 2011 leicht verringertes Betriebsergebnis vor Bewertung. Dies ist im Wesentlichen durch den erwarteten höheren Personal- und Sachaufwand begründet. Für 2013 erwarten wir durch einen gestiegenen prognostizierten Zinsüberschuss und einen sinkenden Verwaltungsaufwand ein Betriebsergebnis vor Bewertung über dem Niveau von 2011.

Entsprechend unserer Geschäfts- und Risikostrategie gehen wir davon aus, dass uns das Betriebsergebnis vor Bewertung 2012 in die Lage versetzt, mögliche weitere Risikobelastungen auszugleichen. Aufgrund der prognostizierten Zinsentwicklung erwarten wir keine wesentlichen Belastungen aus unserem Bestand an festverzinslichen Wertpapieren. Im Kreditgeschäft erwarten wir einen Bewertungsaufwand, der das durchschnittliche Niveau der Vorjahre nicht überschreitet. Für 2013 rechnen wir im Kreditgeschäft mit einem vergleichbaren Bewertungsergebnis, im Wertpapiergeschäft erwarten wir einen Anstieg des Bewertungsaufwandes.

Für 2011 hatten wir einen Jahresüberschuss erwartet, der eine angemessene Aufstockung der Sicherheitsrücklage ermöglicht. Dies haben wir erreicht.

Auch zukünftig muss die Sparkasse am Niederrhein aus den Gewinnen, die sie erwirtschaftet, über den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB Rücklagen für die Umsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG bzw. für die anteilige Haftung aus den Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt bilden.

Unter Einbeziehung der oben dargestellten Erwartungen ergeben sich in den Jahren 2012 und 2013 voraussichtlich Überschüsse, die eine angemessene Aufstockung des haftenden Eigenkapitals unter Berücksichtigung der zukünftigen Anforderungen nach Basel III als Basis für die künftige Geschäftstätigkeit ermöglichen.

Moers, 23. März 2012

Sparkasse am Niederrhein

Der Vorstand

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2011

der	Sparkasse am Niederrhein - Sparkasse des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

	Euro	Euro	Euro	31.12.2010 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		22.714.163,52		25.618
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>37.622.712,96</u>		<u>38.024</u>
			60.336.876,48	<u>63.642</u>
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		46.396.421,72		57.555
b) andere Forderungen		<u>252.619.698,49</u>		<u>166.212</u>
			299.016.120,21	<u>223.768</u>
4. Forderungen an Kunden			2.009.093.453,18	1.917.477
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.076.234.492,17 Euro			(1.054.821)
Kommunalkredite	<u>182.514.419,51 Euro</u>			<u>(167.801)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		124.093.945,89		141.720
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	114.954.255,89 Euro			(132.873)
bb) von anderen Emittenten		<u>309.104.215,52</u>		<u>361.775</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	309.104.215,52 Euro		433.198.161,41	<u>503.495</u>
				(356.724)
c) eigene Schuldverschreibungen			12.175.474,69	19.344
Nennbetrag	12.061.900,00 Euro			(19.353)
				<u>522.840</u>
			445.373.636,10	
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			71.980.929,50	73.412
6a. Handelsbestand				-,-
7. Beteiligungen			50.579.470,77	56.773
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				-,-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			144.991,30	263
darunter:				
Treuhandkredite	144.991,30 Euro			(263)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-,-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.289,00		6
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			3.289,00	6
12. Sachanlagen			30.357.158,26	30.713
13. Sonstige Vermögensgegenstände			23.658.213,11	22.868
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.201.906,21	2.572
15. Aktive latente Steuern				-,-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				-,-
Summe der Aktiva			2.992.746.044,12	2.914.333

				Passivseite
				31.12.2010
				Tsd. EUR
	Euro	Euro	Euro	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.811.807,71		622
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>521.114.219,91</u>		<u>544.428</u>
			522.926.027,62	<u>545.050</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	833.592.927,56			873.010
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>39.171.801,75</u>			<u>36.199</u>
		872.764.729,31		909.209
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	793.841.678,04			829.925
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>479.351.315,48</u>			<u>334.248</u>
		1.273.192.993,52	2.145.957.722,83	<u>1.164.173</u>
				<u>2.073.383</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		57.837.636,28		74.680
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			57.837.636,28	74.680
3a. Handelsbestand			-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			144.991,30	263
darunter:				
Treuhandkredite	144.991,30 Euro			(263)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			4.147.331,09	3.043
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.209.171,91	3.980
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		22.293.926,00		22.820
b) Steuerrückstellungen		2.852.928,36		3.817
c) andere Rückstellungen		<u>18.653.584,66</u>		<u>19.744</u>
			43.800.439,02	46.381
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			5.359.846,85	8.853
10. Genusssrechtskapital			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			56.804.875,28	9.274
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	149.426.123,15			146.384
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		149.426.123,15		146.384
d) Bilanzgewinn		<u>3.131.878,79</u>	152.558.001,94	<u>3.042</u>
				<u>149.426</u>
Summe der Passiva			2.992.746.044,12	2.914.333
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>20.162.148,92</u>		<u>18.892</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			20.162.148,92	18.892
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>102.644.988,67</u>		<u>78.504</u>
			102.644.988,67	78.504

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2010 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	106.632.702,58			104.572
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	14.331.904,52			16.916
		120.964.607,10		121.487
2. Zinsaufwendungen		60.632.311,38		60.093
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.818.511,29 Euro			(2.033)
			60.332.295,72	61.394
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.723.999,49		2.240
b) Beteiligungen		1.038.967,71		976
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-		-
			3.762.967,20	3.216
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-	-
5. Provisionserträge		17.246.919,60		17.782
6. Provisionsaufwendungen		1.105.792,56		1.340
			16.141.127,04	16.442
7. Nettoertrag des Handelsbestands			-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			3.400.676,62	4.166
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	9.593,79 Euro			(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-	-
			83.637.066,58	85.218
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	28.595.716,68			29.473
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.543.842,46			8.726
darunter: für Alters- versorgung	3.211.306,82 Euro		37.139.559,14	38.198
b) andere Verwaltungsaufwendungen		14.487.213,02		13.987
			51.626.772,16	52.186
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.739.514,00	2.912
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.957.761,30	1.479
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	3.925,23 Euro			(-)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft			-	5.450
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		40.355.827,79		-
			40.355.827,79	5.450
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		10.362.200,70		4.154
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-		-
			10.362.200,70	4.154
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			47.530.626,96	7.581
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			9.776.019,25	11.456
20. Außerordentliche Erträge			-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-	1.587
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	-			(1.587)
22. Außerordentliches Ergebnis			-	1.587
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.490.053,09		6.678
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		154.087,37		150
			6.644.140,46	6.828
25. Jahresüberschuss			3.131.878,79	3.042
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-	-
			3.131.878,79	3.042
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-		-
b) aus anderen Rücklagen		-		-
			-	-
			3.131.878,79	3.042
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-		-
b) in andere Rücklagen		-		-
			-	-
29. Bilanzgewinn			3.131.878,79	3.042

Anhang zum Jahresabschluss 2011

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt. Laufzeitzinsdarlehen und der Wechselbestand wurden zum Zeitwert angesetzt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Die Wertpapiere haben wir unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bewertet. Es wurde von der Möglichkeit der Durchschnittsbewertung Gebrauch gemacht.

Für die Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir für deutsche Pfandbriefe, Unternehmensanleihen, Inhaberschuldverschreibungen der öffentlichen Förderbanken und für öffentliche Anleihen aus dem Euro-Währungsraum festgestellt.

Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Insbesondere aufgrund der Auswirkungen der aktuellen europäischen Staatsschuldenkrise waren jedoch die Märkte für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir - sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen - die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen mit Hilfe des Tools „Rendite & Derivate 7.0“ der Fa. Moosmüller & Knauf AG einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die Bewertung der Wertpapiere steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des IDW und der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 2 des Bankenfachausschusses.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Angesichts der beträchtlichen Unsicherheiten über die Auswirkungen der griechischen Staatsschuldenkrise hinsichtlich Art und Höhe einer Beteiligung privater Gläubiger haben wir nähere Erläuterungen zu den Anleihen griechischer Emittenten unter Aktiva 5 aufgenommen.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauerhafter und wegen vorübergehender Wertminderung, die sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit den Anschaffungskosten bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlagenverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, die vor dem Jahr 2010 angeschafft wurden, wurden – mit Ausnahme des von der Sparkasse Rheinberg übernommenen Sachanlagevermögens, dessen Abschreibung weiterhin linear erfolgt – unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den höchsten steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Die Sachanlagen, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Ab dem Geschäftsjahr 2005 neu angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,50 % und Rentensteigerungen von 1,50 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank

veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,13 %.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet. Sie wurden bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Für rund drei Viertel dieser Rückstellungen haben wir auch bei voraussichtlichen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340 g HGB gebildet.

4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage des vom IDW veröffentlichten Entwurfs des RSA BFA 3 bewertet („verlustfreie Bewertung“). Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Bei den in den Beständen vorhandenen in derselben Währung besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird.

Die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Angaben zu einzelnen Bilanzposten

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

31.12.2011 (31.12.2010)

Aktiva 3

Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale 233.184.679,22 €

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	65.000.000,00 €	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	165.000.000,00 €	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.000.000,00 €	
- mehr als fünf Jahre	0,00 €	

Die Bewertung dieser Forderungen lässt nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit der aktuellen Situation der Finanzmärkte derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.

Aktiva 4

Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.220.000,00 €	(0,00 €)
- nachrangige Forderungen	1.998.453,55 €	(2.265.400,00 €)

Für diese Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 566.682,92 €, das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 1.175.000,00 € und die Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 250.000,00 €.

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	32.874.654,49 €	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	94.278.068,55 €	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	458.614.859,95 €	
- mehr als fünf Jahre	1.291.776.144,13 €	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	129.757.520,90 €	

31.12.2011 (31.12.2010)

Aktiva 5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2012 fällig werden 86.376.974,46 €

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert 398.054.039,82 €
- nicht börsennotiert 47.319.596,28 €

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Auf Wertpapiere, für die der Markt als inaktiv einzustufen ist, entfallen rd. 16 % (= 72,5 Mio. €) unseres Gesamtbestandes.

Anlagevermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. €:	Zeitwerte Mio. €:
Öffentliche Anleihen inkl. Euro-Währungsraum	113,3	115,9
Deutsche öffentliche Pfandbriefe	139,4	142,9
Deutsche Hypotheken Pfandbriefe	54,8	56,0
Bankschuldverschreibung von Förderbanken	49,8	51,6
Bankschuldverschreibung von sonstigen Kreditinstituten	25,0	25,6

In unserem Wertpapierbestand sind Anleihen griechischer Emittenten mit einem Nominalvolumen von 10,0 Mio. € und Buchwerten von 1,9 Mio. € enthalten. Diese Investition ist wegen der beträchtlichen Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der griechischen Staatsschuldenkrise mit deutlich erhöhten Risiken verbunden. Auf der Basis der bisherigen Überlegungen zu einer Beteiligung privater Gläubiger haben wir in 2011 Abschreibungen von 4,5 Mio. € (= 69,6 % des Buchwertes 2010) vorgenommen.

31.12.2011 (31.12.2010)

Aktiva 6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	852.000,00 €	(744.000,00 €)
- Investmentanteile von 3 Spezialfonds mit einem Buchwert von	71.128.929,50 €	

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG).

	Buchwert Mio. €:	Marktwert Mio. €:	Differenz Buchwert / Marktwert	Ausschüttung 2011 Mio. €:	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen Mio. €:
Rentenfonds:						
Fonds 1	25,1	25,1	0,0	1,0	ja	0
Fonds 2	20,0	20,3	0,3	0,9	ja	0
Fonds 3	26,0	26,0	0,0	0,8	ja	0

Die Rentenfonds sind international ausgerichtet. Rentenfonds 1 und 2 investieren schwerpunktmäßig in Unternehmensanleihen mit einem Mindestrating von „BBB“. Der Rentenfonds 3 investiert schwerpunktmäßig in europäische Staatsanleihen der Eurozone, deutsche Pfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen deutscher Investitionsbanken.

Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann jeweils Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	852.000,00 €
-----------------	--------------

Für den Gesamtbestand der Wertpapiere ist der Markt als inaktiv anzusehen.

Aktiva 9
Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12
Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	18.442.222,71 €
---	-----------------

31.12.2011 (31.12.2010)

Aktiva 13
Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind enthalten:

- Anteil an der Deka-S-PropertyFund No.1 Beteiligungs-
GmbH & Co. KG 21.085.457,22 € (20.785.457,22 €)

Aktiva 14
Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und
niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten 1.829.767,44 € (2.175.932,40 €)

Aktiva 15 / Passiva 6 a
Aktive latente Steuern / Passive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inkl. Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und einem Gewerbesteuersatz von 15,62 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet. Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Fremdwährungen

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 888.586,32 €.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- kosten €	Veränderungen des Geschäftsjahres €			Abschreibungen insgesamt €	Bilanzwert €		Abschreibungen des Geschäftsjahres €	Abschreibungen des Vorjahres €
		Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen		31.12.2011	Vorjahr		
Grundstücke und Bauten	71.667.963,59	1.024.960,07	420.382,18	0,00	47.453.391,19	24.819.150,29	25.173.886,04	1.372.332,32	1.427.607,00
Betriebs- und Ge- schäftsaus- stattung	31.642.250,40	1.495.794,71	1.765.994,64	0,00	25.834.042,50	5.538.007,97	5.538.780,94	1.364.525,68	1.459.011,24
Immaterielle Anlagewerte	1.548.152,23	0,00	0,00	0,00	1.544.863,23	3.289,00	5.945,00	2.656,00	25.789,00
	Bilanzwert am Vorjahresende €	Veränderungen zusammengefasst €				Bilanzwert am 31.12.2011 €			
Schuldver- schreibungen und andere festver- zinsliche Wertpapiere	460.100.327,34			-72.772.489,95		387.327.837,39			
Beteiligungen	56.773.197,05			-6.193.726,28		50.579.470,77			
Sonstige Ver- mögensgegenstände	20.792.557,22			300.000,00		21.092.557,22			

31.12.2011 (31.12.2010)

**Passiva 1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen
Girozentrale 14.049.015,85 €

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	2.876.707,56 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.999.575,65 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	297.669.358,50 €
- mehr als fünf Jahre	196.650.239,14 €

Für folgende im Unterposten b) ausgewiesene Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

- Forderungen aus zweckgebundenen Weiterleitungsmitteln
(Buchwert) in Höhe von 194.026.852,09 €

**Passiva 2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen
ein Beteiligungsverhältnis besteht 483.843,15 € (769.459,91 €)

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten -
setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	3.274.047,99 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.365.668,91 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	29.911.913,37 €
- mehr als fünf Jahre	313.527,76 €

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist -
setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	151.774.650,03 €
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	127.828.153,12 €
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	155.967.991,65 €
- mehr als fünf Jahre	41.108.831,74 €

**Passiva 3
Verbriefte Verbindlichkeiten**

Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen -
sind bis zum 31.12.2012 fällige Beträge enthalten: 18.000.000,00 €

31.12.2011 (31.12.2010)

Passiva 4
Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6
Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	2.962.153,51 €	(3.675.520,65 €)
--	----------------	--------------------

Passiva 9
Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag	Zinssatz	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
1.750.000,00 €	4,00 %	09.02.2013	ausgeschlossen
1.500.000,00 €	5,43 %	10.10.2012	ausgeschlossen
766.937,82 €	5,00 %	29.12.2013	ausgeschlossen

Die weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,65 % und ursprüngliche Laufzeiten von 8 - 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 1.586.000,00 € zur Rückzahlung fällig.

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldforn ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten ist im Geschäftsjahr ein Aufwand in Höhe von 348.486,97 € angefallen.

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

Fremdwährungen

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 1.556.356,43 €.

Sonstige Angaben

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Sicherung bzw. Steuerung von Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte als Deckungsgeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Zinsbezogene Geschäfte	Nominalbeträge in Tsd. €	Beizulegende Zeitwerte* in Tsd. €	Restlaufzeiten
Termingeschäfte:			
Zinsswaps (Deckungsgeschäft)			
davon:			
mit positivem Zeitwert	0	0	> 5 Jahre
mit negativem Zeitwert	140.000	- 20.986	> 5 Jahre

* Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte. Für die Zinsswaps wurde der beizulegende Zeitwert als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 30.12.2011 Verwendung. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die Anteilseigner der Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Vorstandsvorsteher ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8 a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der

Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (2,1 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2011 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 4,8 Mio. € durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2011 1,5 Mio. €.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1 a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2012 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zur Zeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 24 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 28,5 Mio. € im Jahr 2011 2,4 Mio. €.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkassen entfallenden

Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2011 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 45,3 Mio. € ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK etwa 28 %. Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2011 verwendet.

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a)	für die Abschlussprüfungsleistungen	215 Tsd. €
b)	für andere Bestätigungsleistungen	34 Tsd. €
c)	für sonstige Leistungen	0 Tsd. €
	Gesamthonorar:	<u>249 Tsd. €</u>

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Karl-Heinz Reimann, Elektrohauer im
Vorruhestand

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Otto Laakmann, Lehrer

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 b) SpkG NW:

Heinz-Dieter Bartels, Rentner
Rafael Hofmann, Rechtsanwalt (selbstständig)
Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter
Hubert Kück, Lehrer
Otto Laakmann, Lehrer
Jürgen Madry, Handelsvertreter (selbstständig)
Klaus Plonka, Rektor
Klaus Rudatsch, Steuerberater (selbstständig)
Günter Zeller, Lehrer

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 3 SpkG NW:

Leo Janssen, Kaufmann (selbstständig)
Frank Berger, Sozialversicherungsfachangestellter
Hans-Peter Heckmann, Rentner
Christel Winterberg, Rentnerin
Dino Maas, Betriebswirt (selbstständig)
Klaus Bechstein, Bürgermeister a. D.
Markus Nacke, Dipl.-Kaufmann (angestellt)
Klaus Brohl, Elektromeister (selbstständig)
Jochen Gottke, Leitender Städtischer
Verwaltungsdirektor

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 c) SpkG NW:

Gerd Adam, Sparkassenangestellter
Walburga Baltés, Sparkassenangestellte

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 3 SpkG NW:

Ralf-Jürgen Rein, Sparkassenangestellter
Nicola Rose, Sparkassenangestellte
(bis 20.07.2011)
Hans-Bernd Tersteegen, Sparkassenangestellter
(ab 21.07.2011)
Michael Wedde, Sparkassenangestellter
Peter Lenzen, Sparkassenangestellter
Birte Frie, Sparkassenangestellte

Roland Ertelt, Sparkassenangestellter
Stefan Ertelt, Sparkassenangestellter
Holger Klucken, Sparkassenangestellter

Als Hauptverwaltungsbeamter gemäß § 11 Abs. 3 SpkG NW nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Harald Lenßen, Bürgermeister

Stellvertreter:
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Als Hauptverwaltungsbeamte gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung Sparkasse am Niederrhein nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Norbert Ballhaus, Bürgermeister
Hans-Theo Mennicken, Bürgermeister
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	443
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>210</u>
	653
Auszubildende	<u>48</u>
Insgesamt:	<u>701</u>

Vorstand

Giovanni Malaponti - Vorsitzender
Franz-Josef Stiel - stellvertretender Vorsitzender (bis 31.03.2011)
Frank-Rainer Laake - Mitglied
Bernhard Uppenkamp – Mitglied

Bezüge der Mitglieder des Vorstandes

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstandes erhalten bis auf den Vorstandsvorsitzenden ausschließlich feste Bezüge.

Für den Vorstandsvorsitzenden wird die Erhöhung von 10 % im Sinne von 2.23 der Verbandsempfehlungen erfolgsabhängig als variables Leistungsentgelt gezahlt. Dieses variable Leistungsentgelt ist unternehmens-erfolgsbezogen und wird in Anlehnung an die für die Mitarbeiter definierten Unternehmensziele festgelegt (§ 6 der Dienstvereinbarung zwischen der Sparkasse am Niederrhein und dem Personalrat der Sparkasse am Niederrhein über das leistungsorientierte variable Entgelt). Die Auszahlung erfolgt mit max. 100 % in einer Summe in dem Monat nach der Feststellung des Jahresabschlusses.

Weitere erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehaltes gewährt werden. Als Anspruchsvoraussetzungen für die Zahlung dieser Leistungszulage sind keine konkreten quantitativen Ziele festgelegt.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind in den Verträgen nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2011				
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig)	Zulage gemäß den Verbandsempfehlungen (Ziff 2.23)*	Leistungszulage (erfolgsabhängig, ohne quantitative Ziele)	Sonstige Vergütung	Gesamtvergütung
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Malaponti, Giovanni	280,1	23,8	0,0	7,6	311,5
Stiel, Franz-Josef (bis 31.03.11)	68,6	0,0	0,0	6,3	74,9
Laake, Frank-Rainer	276,5	0,0	0,0	11,9	288,4
Uppenkamp, Bernhard	276,5	0,0	0,0	9,5	286,0
Summe	901,7	23,8	0,0	35,3	960,8
* wird erfolgsabhängig als variables Leistungsentgelt gezahlt					

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden gemäß den Regelungen des EStG nach der Prozentmethode ermittelt.

In den sonstigen Vergütungen sind für den stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes Franz-Josef Stiel Beihilfen in Höhe von 4,1 Tsd. € enthalten.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist.

Die individuellen Versorgungssätze ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

	Eintritt des Leistungsfalles	Höhe des Versorgungssatzes
Malaponti, Giovanni	bis 31.05.2014	40 v. H.
	01.06.2014 - 31.05.2019	45 v. H.
	01.06.2019 - 31.05.2024	50 v. H.
	vom 01.06.2024	55 v. H.
Stiel, Franz-Josef	bis 31.03.2011	55 v. H.
Laake, Frank-Rainer	bis 31.12.2013	45 v. H.
	01.01.2014 - 31.12.2018	50 v. H.
	vom 01.01.2019	55 v. H.
Uppenkamp, Bernhard	bis 31.08.2011	50 v. H.
	vom 01.09.2011	55 v. H.

Beruhet der Leistungsfall auf einem Arbeitsunfall, erhöht sich der Ruhegeldsatz um 10 v. H. bis zum Höchstsatz von 55 v. H.

Der ruhegeldfähige Bezug beträgt monatlich ein Zwölftel des bei Eintritt des Ruhegeldfalles vertraglich zustehenden Jahresgrundbetrages und der allgemeinen Zulage.

Bei linearen Änderungen des Entgeltes der Sparkassen-Beschäftigten ändert sich der ruhegeldfähige Bezug entsprechend.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstandes

	Im Jahr 2011 der Pensions- rückstellung zugeführt (Gesamt) Tsd. €	Barwert der Pensions- ansprüche 31.12.2011 Tsd. €
Malaponti, Giovanni	54,2	950,3
Stiel, Franz-Josef (bis 31.03.2011)	353,3	2.273,5
Laake, Frank-Rainer	67,7	713,4
Uppenkamp, Bernhard	78,0	1.350,7
Summe:	553,2	5.287,9

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der zum Zeitpunkt des Eintrittes in den Ruhestand zustehenden Ruhegehaltsbezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintrittes in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 435.595,10 € gewährt.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 320,00 € (bzw. 380,80 € incl. 19 % Umsatzsteuer) je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2011 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Adam, Gerd	2,2	Laakmann, Otto	3,2
Ballhaus, Norbert	2,6	Lenßen, Harald	1,3
Baltes, Walburga	1,6	Madry, Jürgen	3,8
Bartels, Heinz-Dieter	2,6	Mennicken, Hans-Theo	1,6
Brohl, Klaus	0,4	Dr. Müller, Ansgar	1,6
Ertelt, Roland	2,9	Nacke, Markus	1,0
Ertelt, Stefan	1,6	Plonka, Klaus	2,2
Frie, Birte	0,3	Reimann, Karl-Heinz	4,8
Gottke, Jochen	0,6	Rudatsch, Klaus	3,4
Heckmann, Hans-Peter	0,3	Zeller, Günter	2,2
Hofmann, Rafael	5,3		
Janssen, Leo	0,4		
Kiehlmann, Peter	2,9		
Klücken, Holger	2,2		
Kück, Hubert	2,9	Insgesamt:	53,9

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von insgesamt 2.622.982,79 € ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 1.383.016,99 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 15.783.364,00 €.

Moers, den 23.03.2012

Der Vorstand

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse am Niederrhein für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 11. Mai 2012

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze
Wirtschaftsprüfer

Rademacher
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im Jahre 2011 trat der Verwaltungsrat der Sparkasse am Niederrhein zu fünf Sitzungen zusammen. Er hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

Über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und über alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse wurde er vom Vorstand eingehend unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes führte im Berichtsjahr die Pflichtprüfungen durch. Zum Jahresabschluss 2011 erteilte die Prüfungsstelle den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde bescheinigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Der Verwaltungsrat überwachte die Geschäftsführung des Vorstandes entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe d des SpkG NW hat er den Jahresabschluss festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.131.878,79 € erfolgt nach § 25 SpkG NW. Der Verwaltungsrat schlägt der Vertretung des Trägers gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe e SpkG NW vor, den Jahresüberschuss entsprechend § 25 Abs. 1 Buchstabe c SpkG NW vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit und für die Unterstützung bei seiner Aufgabenerfüllung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht er seine Anerkennung aus für den geleisteten Einsatz im Dienste der Kunden der Sparkasse am Niederrhein und der Menschen in der Region.

Moers, den 1. Juni 2012

Sparkasse am Niederrhein

Der Verwaltungsrat

Reimann

Vorsitzender